

artikel-ansicht/dg/0/

BWG-Pleite ruiniert Angermünde

Angermünde (moz) Auf die größte Finanzkatastrophe in ihrer Geschichte schliddert die Stadt Angermünde zu. Die Riesen-Pleite der kommunalen Wohnungsgesellschaft BWG ruiniert das Rathaus. Bis 2026 muss die Stadt jedes Jahr zusätzlich 600 000 Euro aufbringen, um alte Schulden des Unternehmens zu begleichen. Dann sind immer noch nicht alle Kredite beglichen. Was nun folgt, ist ein Fiasko mit verheerenden Auswirkungen. Es drohen höhere Steuern und Abgaben. Müssen am Ende alle Einwohner für Missmanagement und Fehlentscheidungen büßen?

Für neun Millionen Euro kann man ganze Stadtviertel kaufen. Man könnte Steuern senken, Spaßbäder errichten oder Freibier ausschenken. Doch Angermünde gibt in den nächsten Jahrzehnten neun Millionen Euro aus – für nichts. Die Stadt hat am Ende weder Immobilien oder Wohnungen noch Grundstücke aus früherem BWG-Besitz und keinerlei Mieteinnahmen. Das Tafelsilber – geschaffen in den vergangenen Jahrzehnten mit kommunalem Wohneigentum – ist futsch.

Stattdessen dürfte der Steuerzahler für eine Bürgschaft büßen, die Angermünde seiner früheren, dauermaroden Wohnungsgesellschaft einst gegeben hat. Drei Banken verlangen nach der BWG-Pleite das Geld aus alten Krediten zurück. Allein die Sparkasse bekommt noch vier Millionen Euro. Selbst bei zinsgünstigen Angeboten zahlt die Stadtkasse bis 2026 rund 600 000 Euro jährlich für Zinsen und Tilgung aus allen Forderungen. Dann bleiben immer noch mehrere Millionen übrig, die bis 2040 zu tilgen sind. Eine Finanzkatastrophe mit ungeheuren Ausmaßen. Niemand weiß, ob Angermünde diesen Ausverkauf überlebt. Es droht die Gefahr einer kommunalen Pleite. Im Gespräch sind Steuererhöhungen, die dann von jedem Einwohner zu zahlen wären. Je höher das Defizit, desto geringer der Handlungsspielraum, desto geringer die Investitionen und Zuschüsse. Zwar könnten noch Einnahmen aus dem Zwangsverkauf der Grundstücke und Immobilien die Schuldsomme verringern, doch müssen die Häuser zuvor unter den Hammer kommen und einen Investor finden. Derzeit werden Wohnblöcke der Stadt von großen Fonds und diversen Anbietern gehandelt.

Eigentlich wollte Bürgermeister Wolfgang Krakow genau das Gegenteil erreichen. Mit dem Zwei-Euro-Verkauf und der Übernahme aller Schulden sollte die bundesweit agierende Nau-Gruppe das dauerhafte BWG-Dilemma beenden. Die Stadt hatte genug davon, jedes Jahr Verluste von rund 300 000 Euro zu begleichen. Doch ging die Rechnung nicht auf. Schuld daran ist ein merkwürdiger Kaufvertrag, der die Stadt nicht aus ihren Bürgschaften entließ. Es gab keine ausreichenden Sicherheiten, obwohl ein Berliner Anwaltsbüro, das eigene Rechtsamt und die Stadtverordneten die Verträge durchsahen. Jetzt muss geprüft werden, wer im Einzelnen dafür die Verantwortung trägt. In der Zwischenzeit gründete die Nau-Gruppe kleinere Beteiligungsgesellschaften, löste Immobilien heraus und höhlt so die BWG aus.

Das Beispiel Angermünde hat im gesamten norddeutschen Raum für Aufsehen gesorgt. In aller Eile lassen Kommunen ihre Privatisierungsabsichten fallen. Nach Einschätzung von Bankern wäre durch eine sinnvolle Kreditumschuldung eine Sanierung der BWG möglich gewesen.